

von pädagogischen Theorien und ihrem Wandel beeinflusst worden. Graubohms gründliche Arbeit ist ein thematisch beschränkter, aber begrüßenswerter Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses Militär/Zivilgesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Wilfried von Bredow

Erich Weede, Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert. Eine quantitativ-empirische Studie, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1975, XII, 438 S., Folieneinband, 78 DM.

In der quantitativen Kriegsursachenforschung sind in den letzten Jahren Möglichkeiten und Grenzen des Messens und Vergleichens von Konflikten und deren Ursachen stärker sichtbar geworden. In diesem Kontext bedeutet die Studie von Erich Weede (eine Mannheimer politikwissenschaftliche Habilitationsschrift) einen wichtigen Schritt, um vor allem die *Grenzen* dieser Forschungsrichtung genauer festzulegen.

Weede legt eingangs seine Zweifel dar, ob es auch nur eine einzige Theorie gebe — wenn man unter Theorie ein hypothetisch-deduktives Aussagesystem verstehe, das klar genug sei, um seine Falsifikationsbedingungen offenzulegen —, die in empirischen Studien dem Falsifikationssystem ausgesetzt worden sei (S. 2). Er läßt mit einem vorsichtigen »Vielleicht« allenfalls die Feldtheorie von Rudolf J. Rummel gelten, die dieser seit Anfang der sechziger Jahre in einer Reihe von Beiträgen entwickelt hat. Ihr Grundgedanke ist, daß Unterschiede bzw. Distanzen zwischen Nationen deren Verhalten zueinander determinieren. Zugleich begegnet Weede der Feldtheorie kritisch, weil auch sie eine »Theorie« ohne zureichend prüfbare Hypothesen sei. Er vergleicht dann Untersuchungen zum Problem der Konfliktbeteiligung (Rummel, Singer-Small, Russett, Kende, SIPRI), in denen (u. a. für die fünfziger Jahre) festgestellt wird, daß Großmachtstatus und Kriegsbeteiligung höher als Bruttosozialprodukt und Kriegsbeteiligung miteinander korrelieren, und zeigt daran, daß Meßprobleme selbst so einfache Hypothesen wie »Großmächte bzw. mächtige Nationen führen häufig Krieg« nur schwer prüfbar machen, wenn die Zeiträume der Untersuchung kurz sind. Verlängert sich der Beobachtungszeitraum, steigt auch die Korrelation zwischen Macht und Kriegsbeteiligung. Es wächst aber auch die Zahl anderer erklärungsbedürftiger Ursachen. Ziel der Arbeit von Weede ist es deshalb, eine Theorie zu entwickeln, die zur Erklärung von Konflikten »stabile und leicht wahrnehmbare Gegebenheiten und Hintergrundbedingungen verwendet, die dyadische Relation und nationale Positionen im Relationengeflecht charakterisieren« (S. 44). Um den Bestimmungsrahmen genauer fixieren zu können, formuliert er sieben »vorläufige« Postulate, aus denen die zu falsifizierenden Hypothesen abgeleitet werden. Im ersten Postulat wird festgestellt, daß grundlegende politisch-militärische Entscheidungen, die gegen andere Nationen gerichtet sind, eine Funktion von perzipierten Interessengegensätzen und perzipierten Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen sind (S. 50). Das zweite Postulat geht davon aus, daß ein Sicherheitsdilemma wahrscheinlich dann wahrgenommen wird, wenn zwei Nationen unabhängig voneinander sind und wenn keine übergeordnete Instanz es verhindern kann, daß sie Krieg gegeneinander führen.

Während die beiden ersten Postulate recht allgemeiner Natur sind, enthält das dritte Postulat schon eine speziellere Aussage: Je mächtiger eine Nation sei, desto eher werde sie »Frieden durch Stärke« und »Sicherheit durch Überlegenheit« als Lösung des Sicherheitsdilemmas betrachten und damit die Gegensätze nationaler Sicherheitsinteressen noch verschärfen (S. 56). Hier wird auf einen Zusammenhang hingewiesen, den Karl Deutsch einmal als Parkinsonsches Gesetz der nationalen Sicherheit bezeichnet hat, weil das Gefühl, militärisch bedroht zu sein, mit der militärischen Macht zu wachsen scheint. Zugleich fördert Sicherheit durch Überlegenheit die Tendenz zu einer Vorstellung von absoluter Sicherheit, die die absolute Unsicherheit und Unterlegenheit aller anderen voraussetzt.

Neben dem *Sicherheitsdilemma* produziert vor allem das *Abgrenzungsdilemma* systematisch konfliktvermehrnde Interessengegensätze. Deshalb heißt es im vierten Postulat: Danach wird ein Abgrenzungsdilemma wahrgenommen, wenn zwei benachbarte Nationen, die Unabhängigkeit voneinander beanspruchen, keine übergeordnete Instanz haben, die die Abgrenzung der Herrschafts- und Gebietsansprüche oktroyiert. Die nationalen Entscheidungsträger, so lautet das fünfte Postulat, wählen aus einer Menge nicht perfekt miteinander korrelierender Abgrenzungskriterien im allgemeinen diejenigen aus, die den eigenen Herrschaftsanspruch maximieren, d. h. auch intern legitimieren (S. 58 f.).

Im sechsten Postulat werden die Folgen erkannter Interessengegensätze angedeutet, so die Zunahme der Kriegsvorbereitungen und der Kriegsgefahr, wenn militärischer Sieg einer Seite die Durchsetzung ihrer Interessen zu erlauben scheint (S. 62). Das siebte Postulat — Charakteristika von Nationen und von Beziehungen zwischen Nationen könnten nur über die Wahrnehmung von Interessengegensätzen und über erkannte Chancen, diese Interessen militärisch durchzusetzen, grundsätzliche politisch-militärische Entscheidungen, die sich gegen andere Nationen richten, systematisch beeinflussen — hat vor allem die Funktion anzudeuten, was alles *irrelevant* zur Erklärung politisch-militärischer Entscheidungen ist (S. 64).

Kernstück dieser »Prätheorie«, wie sie Weede zurückhaltend nennt, ist also »nicht nur die Dominanz von perzipierten Interessengegensätzen über perzipierte Gemeinsamkeiten, sondern auch, daß die systematisch kriegstreibenden Interessengegensätze mit dem Abgrenzungs- und Sicherheitsdilemma zusammenhängen« (S. 65). Während die Postulate vor allem die Hintergrundbedingungen von Interessengegensätzen zwischen Nationen zu erfassen suchen, versuchen die davon abgeleiteten Hypothesen diese Bedingungen direkt mit dem Entscheidungsverhalten in Beziehung zu setzen.

Als besonders fruchtbar erscheinen dabei die Hypothesen, die sich mit dem Verhältnis von Supermächten und den »Provinzen« des von ihnen dominierten Blocks beschäftigen, so etwa die, daß zwischen den Supermächten und den »Provinzen« ihres Blocks bzw. ihrer Einflußsphären erhöhte Kriegsgefahr herrscht, vor allem deshalb, weil ein Bürgerkrieg oder ein Putsch in der »Provinz« die Kriegsgefahr zwischen dieser Provinz und der vorgesetzten Supermacht erhöht (S. 78). Ähnlich einleuchtend ist auch die Hypothese, daß Zugehörigkeit zu verschiedenen Blöcken die Kriegsgefahr zwischen den betroffenen Nationen ebenso vermindert wie zwischen den dominierten Nationen (»Provinzen«) eines Blocks, die in latente Territorialkonflikte verwickelt sind (S. 196). In zahlreichen Datenreihen wird die Evidenz dieser Behauptungen empirisch erhärtet. Die Einzeluntersuchungen und deren Ergebnisse auch nur im Überblick wiederzugeben, ist hier nicht der Raum. Über verschiedene Zeiträume, internationale Systeme, Kriegsoperationalisierungen wird immer wieder bestätigt, daß Nachbarschaft, latente Territorialkonflikte, die Zweierbeziehung von Großmächten und politisch-militärische Relevanz einer Nation wesentlich zum Krieg beitragen, wobei latente Territorialkonflikte das stärker als bloße Nachbarschaften tun, während die Zweierbeziehung von Großmächten weniger Kriegsgefahr als die anderen »Bedingungen impliziert« (S. 220).

Dabei zeigt sich auch, daß Allianzen sich als untaugliches Mittel der Friedenssicherung unter den Alliierten darstellen (S. 241). Hingegen zählen Furcht vor dem Atomkrieg und gemeinsame Abhängigkeit von derselben Supermacht zu jenen Voraussetzungen, die die Konfliktgefahr unter allen untersuchten und konfliktfördernden Bedingungen dämpfen (S. 255). Dieses eher düstere Panorama wird auch nicht gerade durch die während des ganzen Untersuchungszeitraumes (50er und 60er Jahre) geltende Beobachtung erhellt, »daß, wer eine Supermacht zum Freund und Beschützer hat, keine eigenen Feinde mehr hat — und keine Feinde mehr braucht« (S. 282). Hingegen bringt die Analyse des Zusammenhangs von Militarisierung (die in der Korrelation von Verteidigungsausgaben und Bruttosozialprodukt

ihren genauesten Indikator hat) und Kriegsgefahr kaum eindeutige Ergebnisse. Dabei weist Weede auf wahrscheinlich auch für künftige quantitative Forschung geltende Erkenntnisgrenzen hin, wenn er feststellt: »[...] ein eindeutiger und starker Einfluß von Militarisierung auf Kriegsgegnerschaften, der unabhängig von der weltpolitischen Konstellation ist, [ist] nicht gerade, was ich als Ergebnis künftiger Forschungen erwarten würde« (S. 343).

Weedes Annahmen und Ergebnisse sind deshalb so provokativ, weil er im Gegensatz zur kritischen Friedensforschung den Zusammenhang von innerer Ordnung und Krieg nicht für evident hält: Natürlich gebe es Leute, die von Rüstung und Militarisierung profitierten. Daraus lasse sich aber nicht schließen, daß die Rüstungsinteressenten erst das Rüstungsbedürfnis schafften und erfänden. Schließlich gebe es auch Leute, die vom Bedürfnis nach Nahrung oder Heilung lebten. Ihnen sage man nicht schon deshalb nach, daß sie die entsprechenden Bedürfnisse erst erfunden hätten (S. 98; vgl. auch S. 42, 90, 283, 353). Die damit in Beziehung stehende These, nicht die Gerechtigkeit, sondern die Eindeutigkeit der Abgrenzung sei die Basis des Friedens als *absentia belli* (S. 348), wie sie Weede in seinen abschließenden Überlegungen formuliert, greift allerdings zu kurz. Das Gefälle der »Gerechtigkeit« (als Synonym für umfassende Ungleichheit) kann so stark sein, daß jeder Versuch zur Abgrenzung von Herrschaftsansprüchen (auch ideologischer Provenienz) und -gebieten überrollt werden kann.

Hier wie auch bei der These, die Verteidigungslasten der »Provinzen« seien als Ausdruck der Unterwerfung unter die vorgesetzte Supermacht, gewissermaßen als »Loyalitätsbeweis«, zu betrachten (S. 369), ist Widerspruch anzumelden, nicht nur wegen des darin sichtbar werdenden Schematismus, sondern auch wegen der Tendenz, die Supermächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen, zum Frieden innerhalb wie außerhalb ihres Blocks beizutragen. Sicherlich sollte sich eine »am Überleben noch interessierte Friedensforschung« nicht prinzipiell scheuen, auch »realistische Kapitalitationsforschung« zu sein (S. 367). Aber es nützt nicht viel, wenn Weede den Basissatz der kritisch sich verstehenden Friedensforschung (»die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und materieller Demokratie« als Bedingung für eine »internationale Friedensordnung«) einfach umkehrt und statuiert, eine Fortsetzung der vorhandenen Gewaltverzicht (als Anfang einer Friedensordnung) und deren Ausbau müßten den Rahmen bilden, in dem soziale Gerechtigkeit und materielle Demokratie auch nur versucht werden könnten (S. 371). Ohne neue Formen übernationaler Gemeinschaftsbildung, die es ermöglicht, schon teilweise innerstaatlich bestehenden Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaats auch international Geltung zu verschaffen, wird es keine dauerhafte Friedensordnung geben. Wie so oft ist das Einfache auch das Schwierige. Gleichwohl muß es versucht werden, denn selbst die Matadoren des Friedens durch Abschreckung glauben nicht an dessen Dauerwirkung. Henry A. Kissinger hat schon Mitte der sechziger Jahre das Konzept »Frieden durch Furcht« für nicht testbar gehalten. Hartmut Soell

Pierre Léon (Ed.), *Histoire économique et sociale du monde*. Publié avec le concours du Centre National des Lettres, Vol. 5: *Guerres et crises 1914—1947*. Volume dirigé par Georges Dupeux; Vol. 6: *Le second XXe siècle, 1947 à nos jours*, Volume dirigé par Pierre Léon, Librairie Armand Colin, Paris 1977, 624 p., 607 p., Ln., je Bd. 160 ff.

Die letzten zwei Bände dieser großangelegten modernen Weltwirtschaftsgeschichte stellen den Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart dar. In den letzten Kapiteln befassen wir uns mit Zeitgeschichte, und die Abschlusssätze aus der Feder des inzwischen verstorbenen Herausgebers, Pierre Léon, sind durchaus pessimistisch: Trotz der wirtschaftlichen Erfolge und technologischen Errungenschaften der entwickelten Welt bleiben uns heute überragende